



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 9.1 der öffentlichen Sitzung am 6. Mai 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-03-0006

**Digitale Lösungen für die Corona Krise - Politik handlungsfähig machen
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TO I/ TOP 9 „Arbeit der Stadtverordneten-
versammlung und ihrer Ausschüsse in der aktuellen Situation (Corona), zur Sitzung des Haupt-
und Finanzausschusses am 6. Mai 2020-**

Die aktuellen Kontakt-Beschränkungen stellen unsere Gesellschaft in verschiedenen Bereichen vor enorme Herausforderungen. Erst mit der breiten Verfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffes wird die Rückkehr zur „Normalität“ möglich werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser erst im Laufe des nächsten Jahres zur Verfügung steht. Das gesellschaftliche, aber auch das politische Leben kann bis dahin nicht völlig stillstehen.

Für die demokratische Teilhabe in der Landeshauptstadt Wiesbaden sind die Fachausschüsse sowie die Stadtverordnetenversammlung unabdingbar. Deren flächendeckender Ausfall war ein ungewöhnliches, ja drastisches aber notwendiges Mittel um den Schutz der handelnden Akteure zu gewährleisten. Dies darf aber nicht zu einem dauerhaften Stillstand politischer Debatten und Entscheidungsfindungen führen. Daher müssen jetzt Mittel und Wege gefunden werden, den demokratischen Diskurs wieder zu ermöglichen. Im Mittelpunkt dieser Lösung werden digitale Dienste stehen, die Kommunikation und Abstimmungen ohne die Gefahr einer weiteren Virus-Verbreitung ermöglichen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

~~Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:~~

1. Der Magistrat wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, wie die Fachausschüsse sowie die Stadtverordnetenversammlung rechtssicher, digital und unter Teilnahme der Öffentlichkeit tagen und beschließen können. Dieses Konzept soll nach der Sommerpause vorliegen und schnellstmöglich zur Umsetzung gelangen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, zu diesem Zwecke Gespräche mit dem Land aufzunehmen um über eine Ausnahmeregelung oder eine Änderung der HGO zu verhandeln, die das digitale Tagen von Ausschüssen und Stadtverordnetenversammlung ermöglichen.
3. Sofern absehbar ist, welche technischen Lösungen zum Einsatz kommen können, sollen die Kosten hierfür genannt und den Stadtverordneten schnellstmöglich zur Kenntnis gegeben werden. Gibt es mehrere Lösungsmöglichkeiten, sollen die maximal drei besten Varianten synoptisch gegenübergestellt werden.

Beschluss Nr. 0137

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, Gespräche mit dem Land aufzunehmen, um über eine Ausnahmeregelung oder eine Änderung der HGO zu verhandeln, die das digitale Tagen von Ausschüssen und Stadtverordnetenversammlung ermöglichen.
2. Nach Vorlage einer Ausnahmeregelung oder einer Änderung der HGO wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Fachausschüsse sowie die Stadtverordnetenversammlung rechtssicher, digital und unter Teilnahme der Öffentlichkeit *in Krisenzeiten* tagen und beschließen können. Dieses Konzept soll dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik nach der Sommerpause vorliegen.
3. Sofern absehbar ist, welche technischen Lösungen zum Einsatz kommen können, sollen die Kosten hierfür genannt und den Stadtverordneten schnellstmöglich zur Kenntnis gegeben werden. Gibt es mehrere Lösungsmöglichkeiten, sollen die maximal drei besten Varianten synoptisch gegenübergestellt werden.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2020

Belz
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
mit der Bitte um Kenntnisnahme
zu Ziffer 2 Satz 2

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2020

Dezernat I zu Ziffer 1
Dezernat III zu Ziffern 2 und 3
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister